

# Europa und die drohende Implosion der Rentensysteme

29.06.2018 | [John Mauldin](#)

Der Legende nach hat der italienische Diktator Benito Mussolini immerhin dafür gesorgt, dass die Züge pünktlich fuhren. Andere Quellen besagen jedoch, dass das Eisenbahnsystem auch unter seiner Herrschaft schrecklich unzuverlässig blieb.

Das Gleiche gilt im übertragenen Sinne wahrscheinlich für die vielgepriesenen Sozialsysteme in Europa, Kanada, Australien usw. Diese haben mit Sicherheit vielen Menschen geholfen, aber sie konnten weder die Armut beseitigen noch garantieren, dass sich alle Bürger dieser Staaten unbeschwert zur Ruhe setzen können. Ist es möglich, dass sie die Ausgaben einfach nur in die Zukunft verlagert haben und die Rechnung künftigen Generationen aufbürden? Dieser Frage werden wir im heutigen Beitrag nachgehen, der Teil meiner Artikelserie ist, in der ich die grundlegenden aktuellen Probleme unseres modernen Finanz- und Wirtschaftssystems beleuchte.

Letzte Woche habe ich mich mit den staatlichen Rentenkassen in den USA befasst, die erschreckend unterfinanziert sind und den Arbeitnehmern wahrscheinlich nie die versprochenen Leistungen auszahlen können - zumindest nicht, ohne den Steuerzahlern eine enorme und unliebsame Rechnung vorzulegen. Und da die Steuerzahler im Allgemeinen auch Wähler sind, ist es äußerst zweifelhaft, ob sie gewillt sein werden, diese Rechnung zu begleichen. (Selbst die Schweizer haben gegen eine vergleichsweise sanfte Reform ihres Rentensystems gestimmt, wie wir unten noch sehen werden.)

Leser außerhalb der USA haben angesichts des vorherigen Artikels vielleicht eine gewisse Befriedigung verspürt. Diese verrückten Amis wieder, die ständig über ihren Verhältnissen leben. Sie haben nicht ganz unrecht; wir gehören nicht gerade zu den sparsamsten Völkern der Erde. Allerdings gleicht Ihr Land den Vereinigten Staaten vielleicht mehr als Sie glauben.

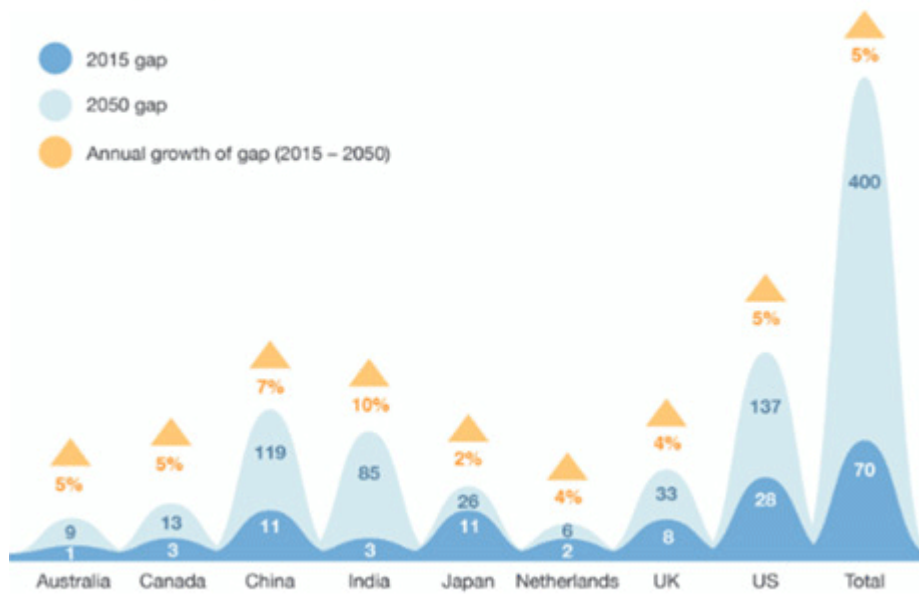
Dieser Artikel ist Kapitel 7 der wöchentlichen Serie. Hier finden Sie die Links zu den vorhergegangenen Beiträgen:

- ["Die unvermeidbare Kreditkatastrophe"](#)
- ["Zugunglück in Sicht"](#)
- ["Desaster am High-Yield-Markt"](#)
- ["Der italienische Krisenauslöser"](#)
- ["Die Schuldenuhr tickt"](#)
- ["Der Rentenzug hat keine Sicherheitsgurte"](#)

## Nicht existentes Geld

Eine [Studie](#) des Weltwirtschaftsforums untersuchte im letzten Jahr die Situation in sechs Industriestaaten (den USA, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Japan, Australien und Kanada) und zwei Schwellenländern (China und Indien) und kam zu dem Schluss, dass bis zum Jahr 2050 in den Rentenkassen insgesamt 400 *Billionen* Dollar fehlen. So viel wäre nötig, um sicherzustellen, dass jede Person im Rentenalter 70% ihres Arbeitslohns erhält, einschließlich aller staatlichen Leistungen, persönlichen Ersparnisse und Arbeitgeberrücklagen.

Das ist eine schwer begreifliche Summe und weit mehr als die jährliche Wirtschaftsleistung des gesamten Planeten. Allerdings ist der Großteil Europas darin noch nicht einmal berücksichtigt. Wenn es diesen Ländern nicht auf irgendeine Weise gelingt, das nötige Geld aufzutreiben, werden sie die Versprechen, die sie den heutigen Arbeitnehmern gegeben haben, unter Garantie brechen.

**Figure 4: Size of the retirement savings gap (\$ trillions, 2015)**

Source: Mercer analysis

400 Billionen Dollar klingen also nach einer Menge Geld. Sind sie auch. Doch die acht untersuchten Länder haben einer schnellen Berechnung zufolge nur einen Anteil von rund 60% am Bruttoweltprodukt, d. h. wir können getrost weitere 250 Billionen Dollar zum globalen Rentendefizit hinzuaddieren. Der tatsächliche Betrag variiert von Land zu Land und in Abhängigkeit von der demografischen Situation.

In vielen Staaten, wie beispielsweise den USA, umfasst das noch nicht das Gesundheitswesen und andere Sozialausgaben. Im letzten Artikel dieser Reihe werde ich alle Fehlbeträge addieren. Ich habe die Berechnung noch nicht durchgeführt, aber die Gesamtsumme könnte sich auf mehr als 1 Billionen Dollar belaufen. Das ist eine Eins gefolgt von fünfzehn Nullen. Dabei erwirtschaften wir heute weltweit weniger als 80 Billionen Dollar im Jahr.

Erinnern Sie sich daran, was ich früher in dieser Artikelreihe geschrieben habe: Versprechen wie diese sind *Schulden*, ob sie nun auf irgendeiner Bilanz auftauchen oder nicht. Sie zu brechen ist gleichbedeutend mit der Erklärung, dass man die eigenen Schulden nicht begleichen kann. Die Gläubiger (Arbeitnehmer) werden das zumindest so auffassen.

Ich hatte zudem darauf hingewiesen, dass die steigenden Lebenserwartungen dieses Problem verschärfen. Ein Alter von 100 Jahren zu erreichen ist heute nicht mehr so bemerkenswert, wie es früher noch war. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Die gute Nachricht ist, dass wir uns im höheren Alter auch einer besseren Gesundheit erfreuen werden als die Generationen vor uns. Wird 80 das neue 50 sein? Wir sollten es besser hoffen, denn wenn die Menschen mit 65-70 Jahren aufhören zu arbeiten, dann sieht es aus mathematischer Sicht ganz düster aus.

Genau das hat auch das Wall Street Journal in dieser Woche auf seiner Titelseite geschrieben. Wir sehen das bereits am Arbeitskräftemangel in der Wirtschaft.

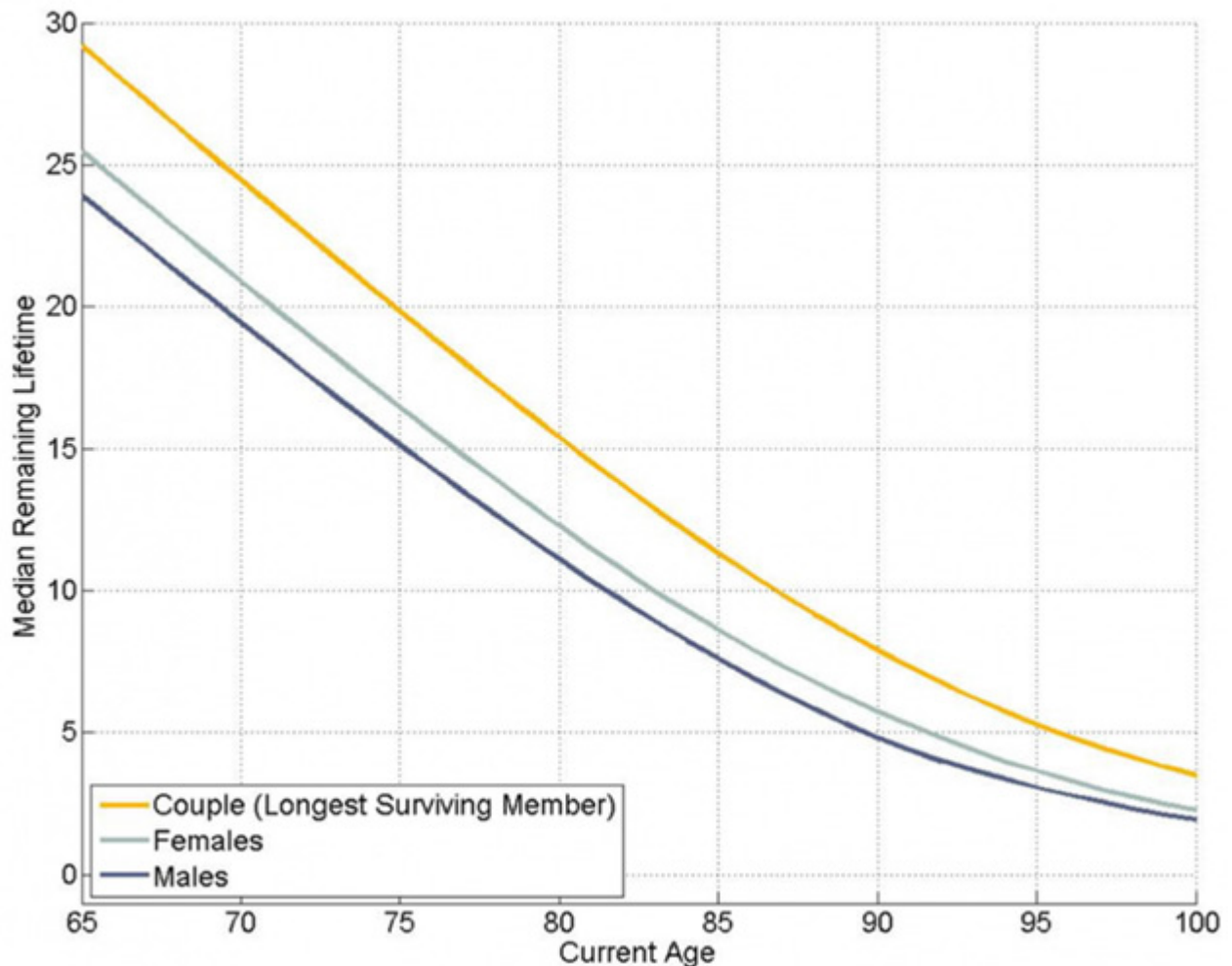
Diese Trends werden natürlich von Land zu Land stark variieren. Einige Länder verfügen über robuste staatliche Rentenpläne, andere sind stärker von den Arbeitgeberzuschüssen und persönlichen Rücklagen abhängig. Im Großen und Ganzen müssen wir jedoch feststellen, dass das Geld einfach nicht vorhanden ist. Und es wird sich auch nicht auf magische Weise manifestieren, wenn es gebraucht wird.

Das Weltwirtschaftsforum gelangte zu der gleiche Schlussfolgerung wie ich schon vor langer Zeit. Der Gedanke, dass wir vor unserem endgültigen Lebensabend mehrere Jahrzehnte in Muße verbringen können, ist in der Praxis nicht zu realisieren. Wir stoßen bereits an die Grenzen des Systems. Die meisten von uns werden weit über das Alter von 65 Jahren hinaus arbeiten müssen, ob uns das gefällt oder nicht.

Was ist mit den Millionen, die heute schon im Ruhestand sind oder das bald sein werden? Wir stehen auch hier vor einem großen Problem, insbesondere was die Angestellten im öffentlichen Dienst der USA angeht. In gewisser Weise sind wir übrigens alle Angestellte des Staates, da wir in die Sozialsysteme einzahlen

müssen, und nur hoffen können, dass uns unsere Regierung eines Tages etwas zurückzahlt.

Wenn die Anti-Aging-Technologie fortschreitet und größere Verbreitung findet, wird sich das Problem weiter zuspitzen. Einige Fortschritte wurden bereits erzielt. Unten sehen Sie eine von Wade Pfau auf [Forbes](#) veröffentlichte Darstellung der aktuellen Lebenserwartung:



Wenn die Anti-Aging-Technologie erst einmal breite Anwendung findet, werden wir die Kurve um mindestens zehn Jahre nach rechts verschieben müssen. Erste Ansätze zur *Umkehr* des Alterungsprozesses wird es wohl Anfang der 2030er Jahre geben und in den 2040er Jahren wird es sich um ein allgegenwärtiges Phänomen handeln. Das ist natürlich großartig für all diejenigen, die länger leben und dabei gesünder sein wollen, aber es wird radikale Veränderungen in Bezug auf unser Arbeitsleben und unseren Ruhestand erfordern. Gleichzeitig werden Millionen Jobs durch die fortschreitende Automatisierung verloren gehen.

Werfen wir nun einen Blick einige Einzelstaaten.

### Ein verkeiltes Sicherheitsventil

Wir beginnen mit unserem engsten Partner in Europa, dem Vereinigten Königreich. Die Studie des Weltwirtschaftsforums zeigt, dass Großbritannien 2015 ein Defizit von 4 Billionen \$ in den Rentenkassen hatte, welches Jahr für Jahr 4% wachsen und sich 2050 auf 33 Billionen Dollar belaufen soll. In einem Land mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 2,6 Billionen Dollar ist dieser Fehlbetrag schon heute höher als die gesamte Wirtschaftsleistung. Das wird in Zukunft keinesfalls besser werden.

Im Übrigen wurde die Berechnung angestellt, bevor das UK für den Austritt aus der Europäischen Union stimmte. Ob das letzten Endes eine gute oder eine schlechte Entscheidung war, weiß ich noch nicht. Die Antwort darauf hängt im Moment davon ab, wen man fragt und auf welcher Seite die betreffende Person steht.

Eine Studie der OECD aus dem Jahr 2015 kam zu dem Schluss, dass die Arbeitnehmer in den Industrieländern im Schnitt damit rechnen können, dass sie im Ruhestand 63% ihres Arbeitslohns aus

staatlichen Leistungen erhalten. Das ist gar nicht so schlecht. Allerdings liegt der Anteil im Vereinigten Königreich nur bei 38%. Die dortigen Arbeitnehmer müssen also entweder selbst deutlich mehr sparen oder ihre Ausgaben im Ruhestand erheblich beschränken.

Die Rentensparpläne der Arbeitgeber stehen in Großbritannien auch nicht auf einem besonders stabilen Fundament. Nach Angaben des staatlichen Rentensicherungsfonds weisen 72,2% der Altersvorsorgepläne des Privatsektors ein Finanzierungsdefizit auf. Insgesamt beläuft sich der Fehlbetrag auf 257,9 Milliarden Pfund. Die staatlichen Pensionen waren 2007 noch zuverlässig finanziert, weisen zehn Jahre später jedoch ebenfalls einen Fehlbetrag von 384 Milliarden Pfund (rund 500 Milliarden Dollar) auf. Wie gesagt, für ein Land mit einem BIP von weniger als 3 Billionen Dollar ist das eine ziemlich große Summe.

Bislang hatten die britischen Rentner zumindest noch eine Art Sicherheitsventil: die Option, sich in einem EU-Staat mit geringeren Lebenshaltungskosten niederzulassen. Diese Möglichkeit wird nach dem Brexit eventuell wegfallen.

Eine Studie, die im letzten Jahr vom Think-Tank International Longevity Center durchgeführt wurde, hat berechnet, dass jüngere Arbeitnehmer in Großbritannien 18% ihres Jahreseinkommens zurücklegen müssten, um "ausreichende" Renten zu erhalten, die in der Studie geringer definiert sind als die aktuellen Bezüge. Das ist natürlich reines Wunschenken. Nichts dergleichen wird geschehen. Das Vereinigte Königreich steuert auf eine Implosion des Rentensystems zu, die mindestens ebenso chaotisch ausfallen könnte, wie in den USA.

### **Fehlende Handlungsbereitschaft**

Wir Amerikaner verklären oft ein stereotypisches Bild der Schweiz, die auch zu meinen Lieblingsländern zählt. Wir glauben, dass die Schweiz das Land der Finanzdisziplin und Unabhängigkeit ist. In gewissem Maße trifft das auch zu, doch selbst die Eidgenossenschaft hat ihre Probleme. Mit der alternden Bevölkerung sind auch in den schweizerischen Rentenkassen Löcher entstanden.

Im letzten Sommer lehnten die Schweizer Bürger einen Reformplan ab, der das Rentensystem durch eine Anhebung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre, sowie höhere Steuern und Arbeitnehmerbeiträge gestärkt hätte. Diese relativ geringfügigen Anpassung wurden mit einer Mehrheit von 52,7% abgeschmettert.

Auf der ganzen Welt wollen die Wähler üblicherweise alles auf einmal haben. Wir fordern großzügige Leistungen in allen Bereichen, aber den Preis dafür wollen wir nicht zahlen. Die Schweizer scheinen ihrem Ruf zum Trotz nicht anders zu sein. Die Financial Times schrieb dazu Folgendes:

*"Innenminister Alain Berset sagte, dass Votum gegen die Reform sei 'nicht leicht zu interpretieren', doch zu einer Mehrheit für den Vorschlag fehle nicht allzu viel. Man werde daher beginnen, die Reformvorschläge zu überarbeiten."*

*Die Regierung hatte versucht, die Last der notwendigen Änderungen im Rentensystems gleichmäßig zu verteilen, sagte Daniel Kalt, Chefökonom der UBS in der Schweiz. 'Es ist allerdings schwer, einen Kompromiss zu finden, dem alle zustimmen können.' Der Reformdruck sei 'noch nicht groß genug', argumentierte er. 'Das Bewusstsein dafür, dass etwas getan werden muss, wird nun zunehmen.'"*

Das beschreibt im Großen und Ganzen die weltweite Einstellung. Sowohl Politiker als auch Wähler ignorieren die langfristigen Probleme, obwohl diese hinreichend bekannt sind, und denken nur bis zum nächsten Wahltag. Das Zitat, "das Bewusstsein dafür, dass etwas getan werden muss, wird nun zunehmen", mag im wörtlichen Sinne zutreffen, aber zwischen Bewusstsein und der Bereitschaft zum Handeln klafft ein breiter Graben - in der Schweiz ebenso wie in allen anderen Staaten.

Die Ironie daran ist, dass Großbritannien und die Schweiz trotz all ihrer Probleme noch besser dastehen als zahlreiche andere Länder Europas. In beiden Staaten gibt es immerhin eine Pflicht zur privaten Vorfinanzierung sowie ein bescheidenes staatliches Sicherheitsnetz. Das Gleiche gilt für Dänemark, die Niederlande, Schweden, Polen und Ungarn.

In Frankreich, Belgien, Deutschland, Österreich und Spanien existiert dagegen ein Umlageverfahren und in den öffentlichen Kassen befinden sich keinerlei Rücklagen für künftige Rentenleistungen. Die Ausgaben werden über den jährlichen Staatshaushalt bestritten. Die Krise ist abzusehen, da die Zahl der Personen im Ruhestand wächst, während die Zahl der Arbeitnehmer, die in den allgemeinen Haushalt einzahlen, rückläufig ist. Die sinkende Geburtenrate in diesen Ländern erschwert es zusätzlich, eine Lösung für diese

demografische Realität zu finden.

### Abwertung nach Bedarf

Spanien hat sich von der letzten Krise besser erholt als einige der anderen Mittelmeerstaaten, wie beispielsweise Griechenland. Das gilt auch für die nationalen Rentenkassen, die bis vor Kurzem sogar ein Plus erzielten. Leider hat sich die Regierung einen Teil des Überschusses zu anderen Zwecken "geliehen" und nun wird er sich schon bald in ein beträchtliches Defizit verwandeln. Die Ironie dabei ist, dass das spanische Rentensystem wie in den USA wörtlich "Soziale Sicherheit" heißt, aber weder sicher noch besonders sozial ist.

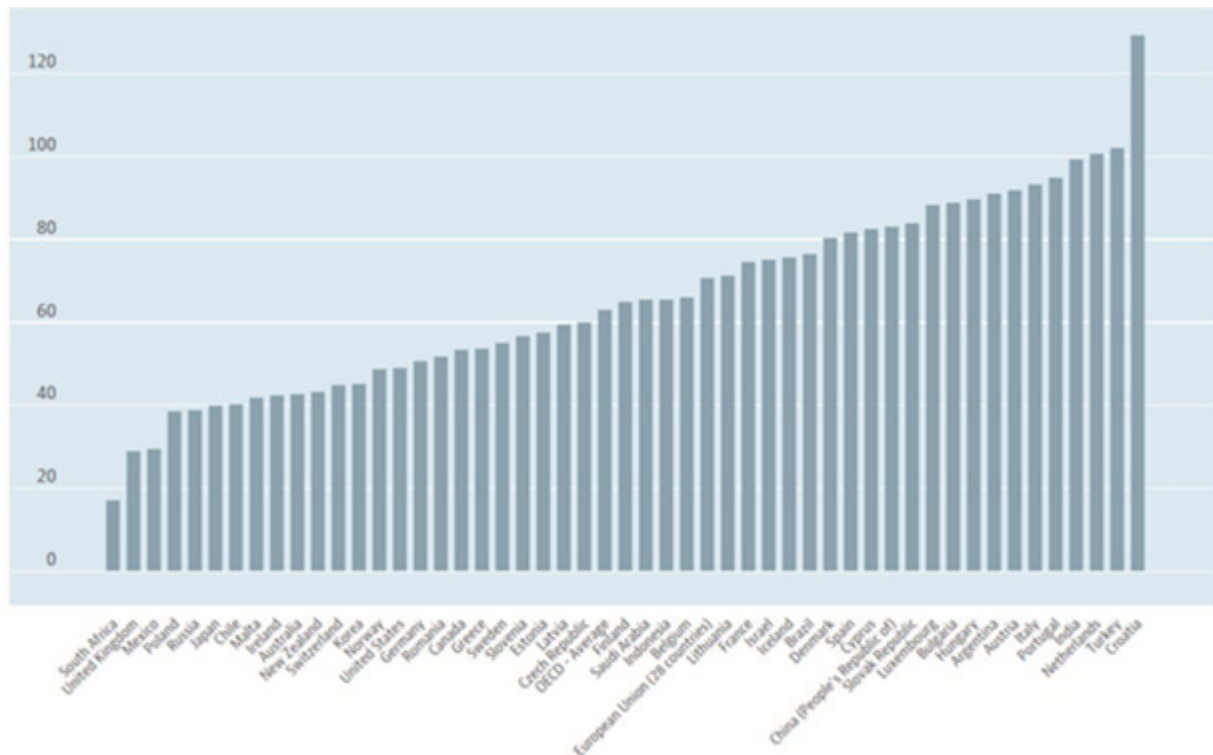
Die Regierungen beider Länder haben die angeblich unantastbaren Rentenrücklagen zweckentfremdet und beide nutzen diese Ersparnisse für alles, was ihnen gerade die Gunst der Wähler sichert.

Spanien hat heute 1,1 Millionen Rentner mehr als noch vor zehn Jahren und wenn die Generation der Babyboomer in den Ruhestand geht, werden es noch mehr werden. Dass die Arbeitslosenquote unter den Jüngeren bei 25% liegt, ist ebenfalls wenig hilfreich.

Von den beiden Staaten ist das System der USA in einem "besseren" Zustand, weil wir wenigstens unsere eigene Währung herausgeben und diese nach Bedarf abwerten können, um die Zahlungsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten. Unsere Sozialleistungsschecks können immer eingelöst werden, auch wenn wir uns dafür weniger kaufen können. Spanien hat diesen Vorteil nicht, wenn es in der Währungsunion bleibt. Das ist einer der Gründe dafür, dass die Eurozone letztlich zerbrechen könnte.

In einigen der Länder mit Umlageverfahren ermöglichen die staatlichen Rentenpläne eine Pensionierung mit 60 Jahren oder noch eher. Die Beiträge der Arbeitnehmer machen in diesen Staaten im Allgemeinen weniger als 25% der Gesamtleistungen aus.

Manche Staaten zahlen sogar Rentenleistungen, die zum Teil über dem früheren Verdienst der Pensionäre liegen. Der folgende Chart der OECD zeigt die Rentenbezüge als prozentualen Anteil der Arbeitslöhne. In Kroatien, der Türkei und den Niederlanden beträgt dieser mehr als 100%, und in Italien und Portugal sind es mehr als 90%.



Percentage of a working wage retirees receive around the world

Image: OECD

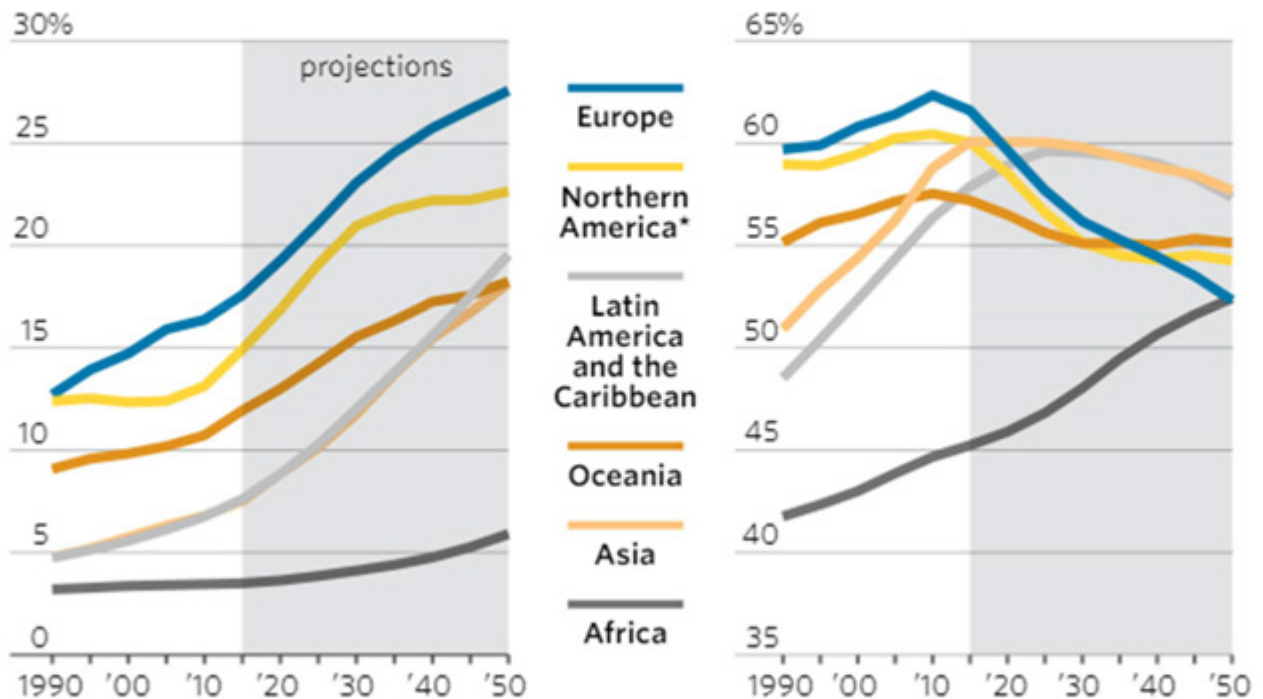
Es tut mir leid, aber das kann keinesfalls so weitergehen. Die Regierungen dieser Länder haben utopische Regelungen beschlossen. Sie werden diese Versprechen niemals halten können, es sei denn die Löhne und Sozialleistungen fallen auf ein unvorstellbar niedrigeres Niveau.

Ein recht trostloser Sonderbericht des Wall Street Journals untersuchte die ehrfurchtgebietenden demografischen Herausforderungen, vor denen Europa steht. Der Kontinent weist bereits den weltweit größten Anteil an Ruheständlern auf, und es werden immer mehr. Auf 100 Arbeitnehmer kommen 42 Personen im Alter von 65 oder älter, die nicht mehr erwerbstätig sind. Bis 2060 werden es 65 Rentner je 100 Erwerbstätige sein. Im Vergleich dazu kommen in den USA nach Angaben des Bureau of Labor Statistics auf 100 berufstätige Personen nur 24 Personen im Ruhestand. Eine offizielle Prognose für 2060 existiert nicht.

Im Gegensatz zu den meisten finanziellen Problemen in Europa ist der Kontinent hier nicht in Nord und Süd gespalten. Österreich und Slowenien sehen sich ebenso einer schwierigen demografischen Situation gegenüber wie Griechenland. Der linke Chart aus dem Wall Street Journal vergleicht den Anteil der Europäer im Alter von mindestens 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung mit dem Anteil der Rentner in anderen Regionen; der rechte Chart zeigt den Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 64 in bestimmten europäischen Ländern. Die Statistiken sind erschreckend.

### A Growing Mismatch

The share of Europe's population 65 years and older is and will be larger than in any other region (first chart) and the share of Europe's population 20-64 years old is shrinking. (second chart)



\*U.S., Canada, Bermuda, Greenland and Saint Pierre and Miquelon

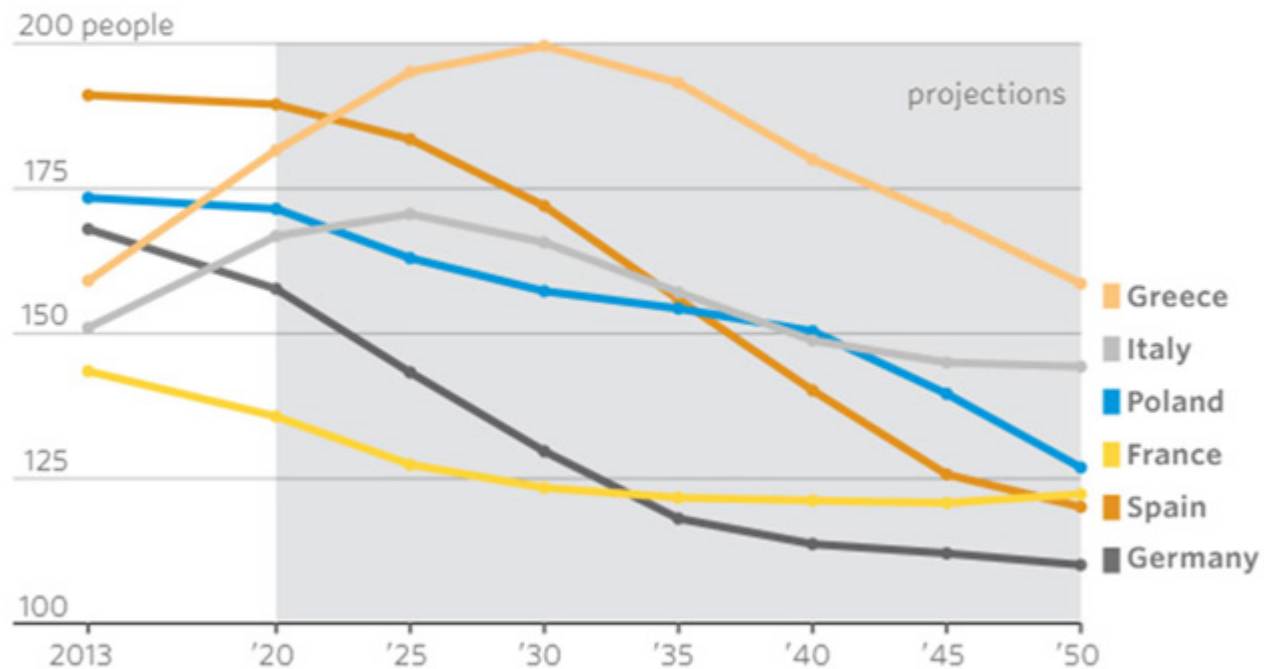
Source: UN Population Division, World Population Prospects, the 2015 Revision

In Europa hat die durchschnittliche Geburtenrate seit den 1960er Jahren um 40% abgenommen und liegt den Daten der Vereinten Nationen zufolge mittlerweile bei rund 1,5 Kindern pro Frau. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Lebenserwartung von etwa 69 auf rund 80 Jahre gestiegen.

In Polen ist die Geburtenrate noch niedriger und das demografische Problem wird durch die Abwanderung vieler Polen ins Ausland verstärkt. Zahlreiche polnische Arbeitnehmer nutzen die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU und ziehen auf der Suche nach einem höheren Gehalt in ein anderes Land. In einer entsprechenden Untersuchung prognostiziert die polnische Zentralbank, dass bis 2030 ein Viertel der polnischen Frauen und ein Fünftel der polnischen Männer älter als 70 sein werden.

## Fewer Kicking In

### Pension contributors per 100 recipients



Note: No data for the U.K.

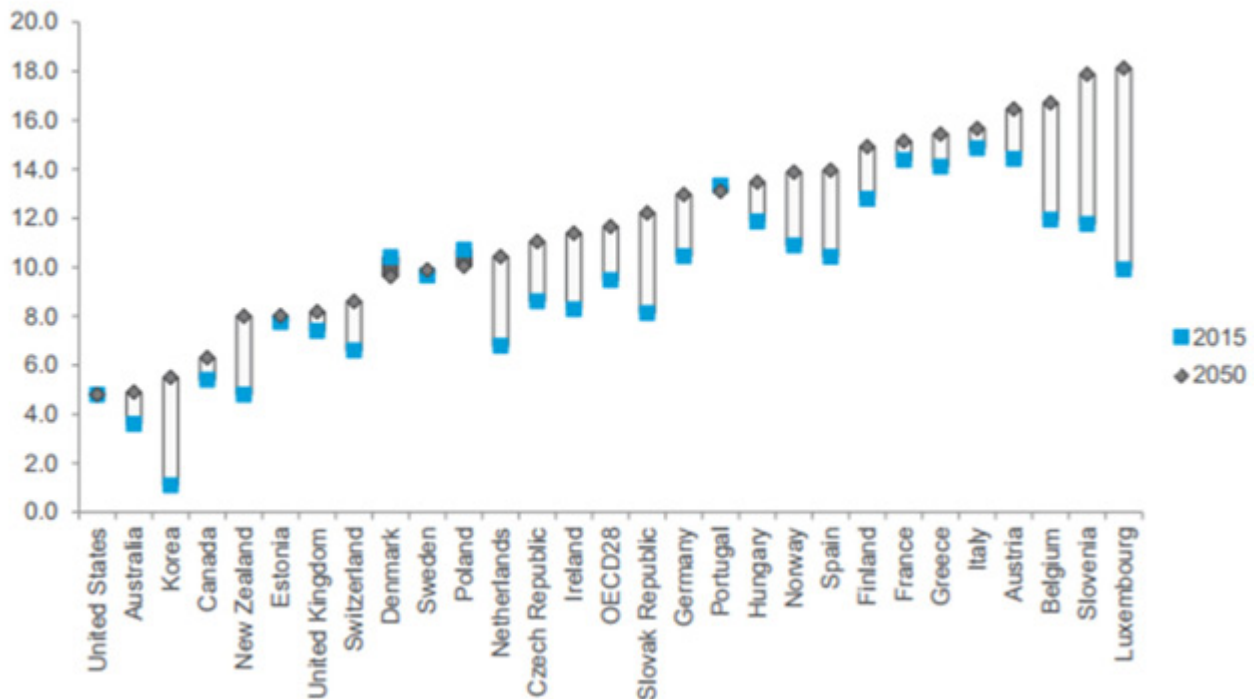
Source: European Commission, The 2015 Ageing Report

Alles, was ich bislang über die Staaten mit Umlageverfahren gelesen habe, deutet darauf hin, dass sich diese in einer noch viel schlechteren Lage befinden als die USA. Zudem stagniert ihre Wirtschaftsleistung und die Steuerbelastung beträgt schon heute fast 50% des BIP. Darüber hinaus stecken auch viele private Rentenversicherungen in ernststen Schwierigkeiten. Die niedrigen und negativen Zinsen haben es ihnen unmöglich gemacht, ihre Rücklagen zu vergrößern.

In Kombination mit den staatlichen Rentenleistungen werden die Gesamtkosten für die Gesundheitsversorgung und die Einkommenssicherung der Bürger in ganz Europa dramatisch ansteigen und einen weit höheren Prozentsatz der Wirtschaftsleistung beanspruchen.

Denken Sie einen Moment darüber nach. Ich meine nicht den Anteil der Sozialkosten am Steueraufkommen, sondern den Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt. In Belgien wird dieser Anteil 2030 bei 18% liegen, was 40-50% der Steuereinnahmen entspricht. Da bleibt nicht viel übrig für andere Posten im Staatshaushalt. Griechenland, Italien, Spanien? Dort sieht es nicht viel besser aus.

**Figure 11. Estimated Government Pension Payments 2015 to 2050 as a Proportion of GDP**  
Wide variations in public sector pension costs by country



Source: OECD, Citi Research

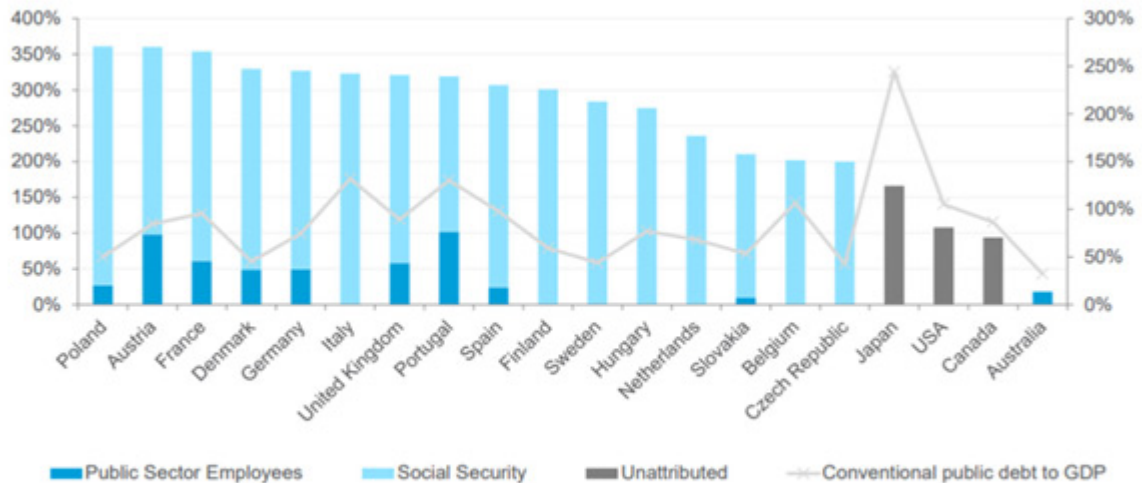
Einige Studien lassen die obenstehenden Zahlen noch optimistisch erscheinen. Die meisten europäischen Staaten sind bereits massiv verschuldet und haben hohe Steuersätze. Die Mitglieder der Währungsunion können zudem nicht einmal ihr eigenes Geld drucken.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und einige andere scheinen den Grundstein für eine Vergemeinschaftung aller Schulden der Eurozone legen zu wollen. Ich schätze, dass diese Schulden in der Bilanz der EZB landen würden. Damit wäre das Problem der nicht gedeckten Leistungszusagen jedoch nicht gelöst. Wird man einfach noch mehr Schulden aufnehmen? Der Plan scheint derzeit darin zu bestehen, das Problem weiter aufzuschieben. Darin werden die Europäer langsam richtig gut.

In der nächsten Grafik sehen Sie die Altersvorsorgeverbindlichkeiten als Prozentsatz des BIP. In Italien liegt der Wert bereits bei mehr als 150%, doch der Chart ist schon einige Jahre alt. Aktuellere Daten wären noch erschreckender.



Figure 15. Collated Estimates of Contingent Government Pension Liabilities as a % of GDP



Note: Most data based on 'Freiburg' model calculated on 2006 data; UK, Australia and Spain based on National calculations based on 2010 data; US, Japan and Canada based on 1996 data estimated by Chand and Jaeger.

Source: Kaier and Muller (Freiburg University), DNB, OECD, Citi Research

Das Problem ist viel zu groß, als dass es selbst von den diszipliniertesten und am stärksten zukunftsorientierten Regierungen und Unternehmen gelöst werden könnte. Es ist auch nicht auf ein Land oder einen Kontinent begrenzt, sondern existiert weltweit, in verschiedenen Schweregraden und Ausprägungen.

## Wunschdenken

Sehen Sie sich an, was wir sowohl in den USA als auch in Europa versuchen: Wir glauben, dass immer mehr Menschen 35-40 Jahre lang arbeiten, dann in Ruhestand gehen und weitere 20, 30 oder 40 Jahre bei gleichem Lebensstandard zubringen können, während gleichzeitig immer weniger Erwerbstätige in das System einzahlen. Tut mir leid, aber das ist reines Wunschdenken. Das ist nicht das, was die Rentensysteme ursprünglich vorsahen.

Ihr Ziel war es, einer relativ geringen Anzahl älterer Menschen, die nicht mehr arbeiten konnten, eine grundlegende Sicherung zu bieten. Die Lebenserwartungen waren damals so gering, dass die meisten Arbeiter dieses Alter ohnehin nicht erreichten oder nach dem Erreichen des Ruhestands nur noch wenige Jahre zu leben hatten.

Tatsache ist, dass die ausgedehnte Familie, die sich früher um diejenigen kümmerte, die das Glück hatten, ein solches Alter zu erreichen, heute verschwunden ist. Mit der steigenden Lebenserwartung und dem Schrumpfen der Familien seit den 1950er Jahren ist der Staat zunehmend zum Betreuer derjenigen geworden, die das magische Alter von 65 überschritten haben.

Wie ich in früheren Artikeln bereits erwähnt hatte, schuf Franklin Roosevelt das soziale Sicherungssystem in den USA für Menschen über 65 in einer Zeit, als die durchschnittliche Lebenserwartung bei etwa 56 Jahren lag. Wäre das Rentenalter parallel zur Lebenserwartung gestiegen, würde es heute bei etwa 82 liegen. Versuchen Sie mal, das Ihren Wählern zu verkaufen.

Schlimmer noch, Generationen von Politikern haben die Öffentlichkeit nicht nur davon überzeugt, dass das Unmögliche möglich ist, sondern dass es garantiert ist. Viele glauben selbst daran. Sie lügen gar nicht unbedingt, sondern ignorieren nur die Realität. Und das verschafft ihnen Wählerstimmen. Oft überbieten sie sich im Wahlkampf gegenseitig an Großzügigkeit, und das nicht nur auf landesweiter Ebene.

Auch in der Lokalpolitik ist diese Rhetorik immer öfter zu beobachten: Man verspricht immer bessere öffentliche Dienstleistungen und das Ausbessern aller Schlaglöcher. Es werden Versprechungen gemacht, die unmöglich zu halten sind, und die Bürger organisieren ihr Leben in der Annahme, dass das Unmögliche eintreten wird. Wird es aber nicht.

Wie befreien wir uns nun aus diesem Schlamassel? Wir werden uns alle an die grundlegenden Veränderungen anpassen müssen. Wenn, wie ich erwarte, in der Alterungsforschung bald (d. h. in den nächsten 10-15 Jahren) ein Durchbruch erzielt wird, *könnte* der Prozess für uns leichter werden, aber wir werden unsere Lebensweise dennoch radikal ändern müssen. Der Ruhestand wird kürzer, aber besser sein,

weil wir gesünder sein werden.

Das ist zumindest noch das beste Szenario. Ich denke, dass unsere Chancen auf dieses Szenario nicht allzu schlecht stehen, aber zunächst wird es eine Zeit der tiefgreifenden Umwälzungen und Anpassungen geben. Wie wir diesen Prozess bewältigen, ist die entscheidende Frage.

Ich bin ehrlich gesagt nicht besonders optimistisch, weil die Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, allmählich abhanden kommt. Die Politik verkommt sowohl in den USA als auch in Europa immer mehr zu einer Echokammer, in der nur Gleichgesinnte noch miteinander reden. Wir ignorieren die andere Seite und behandeln sie wie Aussätzige, die in der Gesellschaft keinen Platz haben. Wir haben die Fähigkeit verloren, freundschaftlich und auf rationale Weise unterschiedlicher Meinung zu sein.

Ronald Reagan und Tip O'Neill haben sich noch zusammengesetzt und am sozialen Sicherungsnetz gearbeitet. Bill Clinton und Newt Gingrich konnten zusammenarbeiten und haben dabei nicht nur die Sozialleistungen angepasst, sondern auch noch den Staatshaushalt ausbalanciert. Diese Tage sind offenbar vorüber und die Qualität des öffentlichen Diskurses verschlechtert sich rapide. Das gefällt mir gar nicht.

© John Mauldin

[www.mauldineconomics.com](http://www.mauldineconomics.com)

*Dieser Artikel wurde am 22. Juni 2018 auf [www.mauldineconomics.com](http://www.mauldineconomics.com) veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.*

---

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](http://GoldSeiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/381144--Europa-und-die-drohende-Impllosion-der-Rentensysteme.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

---

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2019. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).